



Die Russland-Sanktionen gehen nach hinten los

Wirtschaftsweltkrieg gegen Putin: Europa verliert, die USA und der Osten legen zu. Die Energiekrise bringt den Sozialismus zum Blühen.



Superwaffe des Westens.

Beat Gygi

Die Wirtschaftswaffe kommt im PDF-Format daher. Das Staatssekretariat für Wirtschaft hat eine Liste mit den Sanktionen der Schweiz gegen Russland im Internet aufgeschaltet, die es laufend aktualisiert. Zurzeit umfasst das Dokument 339 Seiten, voll mit Handelsverboten, Sperrungen und Meldepflichten, Namen und Informationen zu Personen, Firmen und Organisationen, gegen die der Bundesrat Sanktionen verhängt hat und die quasi aus unserem wirtschaftlichen Leben verbannt werden sollen. Bisher hat die Schweiz laut den Angaben Sanktionen gegen 1156 natürliche Personen und 98 Unternehmen und Organisationen ausgesprochen sowie Vermögenswerte

im Umfang von fast sieben Milliarden Franken und ein gutes Dutzend Liegenschaften gesperrt.

Wie kam der Bundesrat auf die Namen und Vorschriften? Ohne grossen Gedankeneinsatz, er hat einfach von der EU deren Liste der Massnahmen übernommen. «Wir müssen jetzt zusammen mit Europa eine breite Front machen – auch da, wo es wirtschaftlich weh tut oder unangenehm ist», sagte Simonetta Sommaruga in der «Rundschau» kurz vor dem Bundesratsentscheid. Die Schweiz müsse dazu beitragen, dass der Krieg stoppe und Wladimir Putin seinen Krieg nicht weiter finanzieren könne.

Mitläufer im Wirtschaftskrieg



Brüssel ist in der Sanktionspolitik zur übergeordneten Stufe geworden, und fasst man den Blick weiter, so erfolgten die Embargo-Kommandos der EU ihrerseits weitgehend nach Vorgaben der US-Regierung. Der Schweizer Bundesrat hat also über tausend Personen und mehrere Milliarden Vermögen blockiert, weil das westliche Lager mit den USA im Zentrum es will. Zwar können sanktionierte Personen und Unternehmen beim Bundesrat einen Delisting-Antrag stellen, über den der Gesamtbundesrat entscheidet, aber das bedeutet Aufwand.

Sind denn Sanktionsbeschlüsse nicht so weit abgesichert, dass der Bundesrat Parlament oder Volk fragen muss, bevor er sich auf die Seite der Russland-Bestrafer schlägt? Nein, das Embargogesetz gibt ihm blanko die Befugnis, mit der EU mitzulaufen. Als Uno-Mitglied ist die Schweiz völkerrechtlich verpflichtet, die vom Uno-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen anzuwenden. Bei Sanktionen der EU besteht Spielraum, da kann er fallweise entscheiden, ob er sie ganz, teilweise oder nicht übernimmt. So ist die Schweiz als Mitläuferin in den Wirtschaftskrieg gegen Russland gezogen.

Wirtschaftskriege sind das Gegenteil von Wirtschaft. Aus freundlichen Beziehungen werden feindliche. Der freiwillige Tausch zwischen Menschen bringt beiden Seiten Vorteile, die Handelspartner erschaffen eine Win-win-Situation, Reichtum für die Welt. Wenn hingegen Freunde zu Feinden werden (müssen), wird die friedliche Kooperation zerschlagen, es kommt meistens zu einer Lose-lose-Situation, beide verlieren, die Welt wird ärmer. Wirtschaftskriege zielen auf die Zerstörung des Kapitals des Gegners ab. Man versucht, den Wert seiner Anlagen, Fabriken, allgemein seines Sachkapitals quasi zu zerschliessen, indem man den Handel, den Austausch mit ihm stoppt.

«Ich verkaufe dir nichts mehr», sagt der Schweizer Maschinenbauer zu seinem russischen Kollegen, der bis gestern noch sein Geschäftspartner war. Rasch schloss eine Reihe von Schweizer Firmen auch aus Reputationsgründen Ende Februar ihre Geschäfte und Läden in Russland oder

fuhr sie auf ein Minimum herunter. Die Sanktionen betreffen Exportverbote für alles, was zur «militärischen und technologischen Stärkung oder zur Entwicklung des Verteidigungs- und Sicherheitssektors» beitragen kann, was für viele Maschinen gelten kann. Auf der Verbotsliste steht auch, was zur «Stärkung der industriellen Kapazitäten» dienen kann, Industrieroboter, Ersatzteile oder Chemikalien. Medien berichteten von russischen Verkehrsflugzeugen, die am Boden blockiert seien, weil die Wartung nicht mehr möglich sei.

Im Finanzsektor waren Banken eilfertig, froren Gelder russischer Staatsangehöriger in der Schweiz oft schon vorsorglich ein. Banking mit russischen Kunden ist mehr oder weniger verunmöglicht, und Revisionsgesellschaften sagten sich von Kunden los, die ansatzweise in Russland-Zusammenhang gebracht werden können.

Als Superwaffe des Westens galt damals im Februar die Blockade der Reserven der russischen Zentralbank und des Zugangs zum Zahlungsinformationssystem Swift. Diese Aussperrung vom westlichen Geldsystem wurde sogleich als «nukleare Option» im Wirtschaftskrieg gepriesen. Aber genau auf diesem Gebiet tauchten die frühesten Anzeichen auf, dass das Sanktionspaket für den Westen zum gigantischen Fehlschlag werden könnte.

Der Rubelkurs sackte gegenüber jenem des Dollars zwar blitzartig und scharf ab, kam dann aber sogleich auf neue Höhen und ist bis heute höher als vor dem Einmarsch. Klar, der Rubel wurde staatlich gestützt, aber Beobachter fragten sich erstaunt, ob der hohe Wechselkurs auch ein Ausdruck von Wirtschaftskraft sein könnte. Russland als Land mit den grössten Gasreserven der Welt, unter den Top Ten beim

Das Zerstören der freundschaftlichen Handelsbeziehung scheint Europa stärker zu belasten als den Osten.

Erdöl, ohne Schuldenlast, mit genügsamer



Wirtschaft und hohen Popularitätswerten für Putin – das könnte zäher sein, als gedacht.

Im Wirtschaftskrieg kann man gegnerisches Kapital und Humankapital auch vernichten, indem man dessen Anwendungsmöglichkeiten eliminiert, Fabriken, Öl, Gas, Rohstoffe, Wissen, Fertigkeiten der Menschen entwertet. Wenn Käufer für die Produkte wegfallen, ist eine Fabrik, eine Gaspipeline, ein Patent nichts mehr wert.

«Ich kaufe dir nichts mehr ab», riefen also die westlichen Sanktionierer, ganz laut die Deutschen: Der bisherige russische Geschäftspartner soll nichts mehr verdienen. Den Handel austrocknen, damit Putin über keine Einnahmequellen mehr verfüge, etwa bei Kohle, Gas, Eisen, Stahl, Holz, Zement und Nahrungsmitteln. Spektakulär kündigte die EU ein Embargo auf Rohöl und Erdölprodukte aus Russland an, bis Anfang 2023 sei das umzusetzen. Die deutsche Regierung schwor, dass man ab dann Russland kein Gas mehr abkaufen wolle. Jetzt herrscht Panik, Gaskrise, die Deutschen fürchten einen kalten Winter, Blackouts, grossflächige Betriebsausfälle. Die Regierung Scholz sucht verzweifelt nach Gas-Ersatzquellen, auch in nahöstlichen Ländern, die sie früher kritisiert hatte, und die Lieferengpässe treiben die Energiepreise in die Höhe. Davon profitieren auch die energiemässig eigenständigen USA, die teures Flüssiggas liefern können.

Besonders in der Gasversorgung wird klar, dass die Russland-Sanktionen das Dümmsste sind, was Europa machen konnte. Russland wurde wirtschaftlich nicht in die Knie gezwungen. Anzeichen sind etwa: Ein Wirtschaftseinbruch blieb bisher aus. Und Russlands Einnahmen aus dem Export von Öl, Gas und Kohle summierten sich laut Berechnungen des finnischen Centre for Research on Energy and Clean Air in den ersten sechs Monaten des Krieges auf 158 Milliarden Euro, während die Kriegskosten auf 100 Milliarden Euro geschätzt werden. Die EU war mit 85 Milliarden

Euro der grösste Kunde Russlands, vor China mit 35 Milliarden Euro. Und der russische Öl- und Gaskonzern Gazprom kam im ersten Halbjahr 2022 auf einen rekordhohen Gewinn von 42 Milliarden Dollar, weitaus mehr als der gesamte Gewinn des Jahres 2021 (28 Milliarden Dollar), der seinerseits besonders hoch war.

Europa hat mit den Sanktionen sich selber ins Knie geschossen. Die westeuropäischen Länder, allen voran Deutschland, hatten bereits durch Energiewende und Klimapolitik ihre Energieversorgung geschwächt. Nun wollen sie Russland als Öl- und Gaslieferanten zurückweisen, die zwei intakten Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 von Russland nach Deutschland quasi wegwerfen. Damit setzen sie ihre Energieversorgung aufs Spiel und so schliesslich auch grosse Teile der Industrie Deutschlands mit vielen Millionen von Arbeitsplätzen.

Brics-Staaten wachsen

Die Russen, die vorher die längste Zeit zuverlässig Gas nach Westeuropa lieferten, haben nun mit Lieferunterbrüchen ihre Macht auszuspielen begonnen, was enorme Schwankungen in die Gaspreise bringt. Es scheint, dass Russland im Energie- und Rohstoffgeschäft weniger abhängig ist von Europa, als dies umgekehrt der Fall ist. Das Zerstören der freundschaftlichen Handelsbeziehung, der Win-win-Situation, scheint Europa stärker zu belasten als den Osten. Russland hat schliesslich alternative Abnehmer für Rohstoffe und Energie, kann Lieferbeziehungen in den Osten, etwa nach China, ausbauen. Die Gruppe der Brics-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) ist am Wachsen, offen für neue Mitglieder und nicht im Sanktionspaket gefangen. Zwei Drittel der Weltwirtschaft sind nicht westlich.

Und erschreckend: Mit den Sanktionen hat sich Europa nicht nur eine selbstverschuldete Energiekrise eingebrockt. Man unternimmt nun alles, um bei deren Bewältigung die Marktkräfte auszuschalten, Probleme zu verstecken,



zu verschleppen, Verantwortung zu verwischen. Man spricht von Tarifdeckeln, Preisbremsen, runden Tischen, Gasumlage, Hilfe bei Heizkosten, Übergewinnsteuer, Entlastungspaket eins bis drei. Es passt ins Bild, dass die Rettungsmentalität auch den Schweizer Stromkonzern Axpo ereilt, dem der Staat nun mit Milliarden Strompreisrisiken abnimmt.